

Maßnahmenkonzept nach § 6 WindBG

zum Antrag der Diemelwind Marsberg GbR, Vattmannstraße 3, 33100 Paderborn

sowie der

Windenergie im Bruch GbR, Vattmannstraße 3, 33100 Paderborn

auf Errichtung von einer Windkraftanlage des Typs Vestas V162-7.2 mit 119 m Nabenhöhe, einer Windkraftanlagen des Typs Vestas V136-4.2 mit 166 m Nabenhöhe, sowie einer Windkraftanlage des Typs Vestas V172-7.2 mit 175m Nabenhöhe in Marsberg, Gemarkung Niedermarsberg

AZ: 42.40611-2025-04//42.40361-2025-04 // 42.40363-2025-04

I.

Die Diemelwind Marsberg GbR sowie die Windenergie im Bruch GbR begehren die Genehmigung der Errichtung und den Betrieb von einer Windkraftanlagen des Typs Vestas V162-7.2 mit 119 m Nabenhöhe, einer Windkraftanlage des Typs Vestas V136-4.2 mit 166 m Nabenhöhe, sowie von einer Windkraftanlage des Typs Vestas V175-7.2 mit 175 m Nabenhöhe im Hochsauerland-Kreis, Stadt Marsberg, Gemarkung Niedermarsberg.

Die WEA02 und WEA03 liegt innerhalb des Flächennutzungsplans. Die WEA 04 befindet sich in einem Abstand von unter 50 m zur R-Plan Fläche sowie zum Flächennutzungsplan. Mit dem Hochsauerlandkreis wurde abgestimmt, dass für Die WEA04 ebenfalls § 6 WindBG anwendbar ist. Somit ist auf die Genehmigungsverfahren der WEA03 und der WEA04 §6 WindBG anwendbar.

Somit ist eine vom Regelfall abweichende, durch das WindBG modifizierte artenschutzrechtliche Prüfung möglich. Insbesondere entfällt die Pflicht zur Erstellung artenschutzrechtlicher Kartierungen oder zur Anfertigung artenschutzrechtlicher Fachbeiträge.

Stattdessen teilt die Genehmigungsbehörde dem Antragsteller mit, ob und welche Daten für die relevanten, besonders geschützten Arten vorhanden sind.

Eine solche Abstimmung ist zwischen dem Vorhabenträger und der Unteren Naturschutzbehörde des Hochsauerlandkreises per E-Mail am 14.11.2025 erfolgt, sodass eine Darstellung der relevanten Gegebenheiten erfolgen kann.

Zusätzlich erfolgte eine Prüfung der in Anhang 3 des Leitfadens „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW-Modul A“ genannten Datenquellen. Zum einen wurde das Fundortkataster des LANUKs über das System @LINFOS (<https://infos.naturschutzinformationen.nrw.de/atlinfos/de/atlinfos.extent>) geprüft, zum anderen die Scherpunktvorkommen von Brutvogelarten und Rast- und Zugvogelarten

über den Energieatlas NRW (<https://www.energieatlas.nrw.de/site/planungskarten/wind>) abgerufen und mit dem Projektgebiet abgeglichen.

Auf dieser Grundlage sind geeignete und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen in einem Maßnahmenkonzept darzustellen. Neben § 6 WindBG ist eine Inbezugnahme der Vollzugsempfehlung zu § 6 WindBG vom 19. Juli 2023, herausgegeben vom BMUV, angezeigt.

Die Genehmigungsbehörde teilt dem Antragsteller mit, ob und welche Daten für die relevanten besonders geschützten Arten vorhanden sind. Auf dieser Grundlage und unter Inanspruchnahme öffentlich zugänglicher Daten prüft der Antragsteller, ob für die relevanten besonders geschützten Arten Daten vorhanden sind, aus denen sich das Erfordernis von Minderungsmaßnahmen ergibt und legt diese in einem Maßnahmenkonzept der Genehmigungsbehörde vor.

Die Behörde prüft jedoch weiterhin eigenständig, ob artenschutzrechtliche Zugriffsverbote aus der ermittelten Datengrundlage ersichtlich sind. Sollte dies aus Sicht der Behörde der Fall sein, so prüft sie selbstständig, ob diese Verbote durch Minderungsmaßnahmen vermieden werden können und ordnet diese an. Sofern keine Minderungsmaßnahmen verfügbar sind, leistet der Betreiber stattdessen eine Zahlung für Maßnahmen im Rahmen nationaler Artenhilfsprogramme (§ 6 Abs. 1 S. 5 – 7 WindBG).

Sie hat dabei auf vorhandene Daten zurückzugreifen (vgl. Nr. 3.2.1 / S. 9 der Vollzugsempfehlung). Vorhanden sind diese Daten, wenn sie der Genehmigungsbehörde bekannt sind und sie darauf tatsächlich und rechtlich Zugriff hat (bspw. Daten aus anderen Genehmigungsverfahren, Daten aus behördlichen Datenbanken und behördlichen Katastern, also einschlägigen Fachdatenbanken bspw. der Naturschutzbehörden, Landesumweltämter oder biolog. Stationen). Bei anderen Quellen (bspw. ehrenamtliche Naturschutzorganisationen) trifft die Behörde eine Prüfpflicht hinsichtlich der fachlichen Erhebung und der den öffentlichen Quellen vergleichbaren Qualität dieser Daten.

Dementsprechend teilt die Behörde sämtliche „vorhandenen“ Daten iSd. § 6 WindBG mit, also auch solche aus öffentlichen Datenbanken usw.

II.

Zur Prüfung von Zugriffsverboten können die Vorgaben aus § 45b Abs. 1-5 BNatSchG iVm. Anlage 1 sinnvoll angewendet werden. Liegt ein Brutplatz eines kollisionsgefährdeten Brutvogels in dem Bereich zur Prüfung nach Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG, gelten die Regelvermutungen des § 45b Abs. 2-5 BNatSchG.

Unterhalb des jeweiligen Nahbereichs ist demnach das Tötungs- und Verletzungsrisiko signifikant erhöht; zwischen dem Nah- und dem zentralen Prüfbereich bestehen in der Regel Anhaltspunkte dafür, dass das Tötungs- und Verletzungsrisiko signifikant erhöht ist, sofern nicht u.a. Schutzmaßnahmen getroffen werden. Diese können Antikollisionssysteme, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen, attraktive Ausweichnahrungshabitate oder phänologiebedingte Abschaltungen beinhalten. Durch solche Maßnahmen ist die Risikoerhöhung dann hinreichend gemindert. Bei mehreren geeigneten Maßnahmen hat der Antragsteller die Wahl unter ihnen.

Bei Abständen größer als der zentrale Prüfbereich bis zum erweiterten Prüfbereich, ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko im Regelfall nicht signifikant erhöht und es bedarf keiner Maßnahmen und oberhalb des erweiterten Prüfbereichs liegt ebenfalls keine signifikante Erhöhung vor und es sind keine Schutzmaßnahmen erforderlich.

Fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen sind dabei in Anhang 1, Abs. 2 BNatSchG aufgeführt, wobei diese den in § 45b Abs. 6 BNatSchG niedergelegten Verhältnismäßigkeitsbewertungen entsprechen müssen; hierbei ist ferner Abs. 9 ein Maßstab, sofern Anordnungen für weitere geschützte Arten Abschaltungen angeordnet werden (bspw. Fledermäuse).

Besonderes Augenmerk liegt folglich auf dem Abstand des Nahbereichs sowie auf dem sich anschließenden Abstand zwischen Nahbereich und zentraler Prüfbereich der jeweiligen kollisionsgefährdeten Brutvogelart.

Die Schutzmaßnahmen nach Anlage 1 Abschnitt 2 BNatSchG sind nach WindBG bzw. dem Vollzugsleitfaden auch im Nahbereich anwendbar, so dass die Vermutung aus § 45b Abs. 2 BNatSchG in diesem Falle nicht greift bzw. gelöst wird.

Für die Prüfung des Störungs- und Beschädigungsverbots durch betriebs- oder anlagenbedingte Wirkungen bzw. Zugriffsverbote in der Errichtungsphase greift § 44 BNatSchG. Da hier keine bundesrechtliche Regelung hinsichtlich der geschützten Arten besteht, ist ergänzend auf die Länderleitfäden abzustellen. Hier ist auf etablierte Maßnahmen zurückzugreifen, bspw. eine ökologische Baubegleitung anstatt einer Bauzeitenbeschränkung um die (auch nach der EU-NotfallVO) gewünschte Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien zu erreichen.

Falls aus tatsächlichen Gründen – bspw. wegen mangelnder Flächenverfügbarkeit / -sicherung – entsprechende Maßnahmen nicht verfügbar sein sollten, so hat der Antragsteller hierüber keine Nachweise zu erbringen, sondern nur nachvollziehbar darzulegen. Auch in diesem Falle sind Zahlungen an das Artenhilfsprogramm anzuordnen.

Minderungsmaßnahmen für Fledermäuse sind auch ohne das Vorliegen von Daten anzuordnen (§ 6 Abs. 1 S. 4 WindBG). Hier soll bestenfalls ein projektbezogener Schutz erreicht werden, so dass die Standard-Abschaltungen (allgemeine Abschaltungen „worst

case“ abhängig von Wetter/Witterung) zur Verminderung des Schlagrisikos eingerichtet werden, wobei der Antragsteller durch ein entsprechendes Gondelmonitoring eine standortgenaue Anpassung erreichen kann. Sofern benachbarte Windkraftanlagen bereits Daten aus einem Gondelmonitoring zur Verfügung stellen können, so sind Minderungsmaßnahmen generell nur statthaft, sofern sich ein erhöhtes Kollisionsrisiko für Fledermäuse ergibt.

Sind entsprechende Daten vorhanden, können auf der Grundlage von § 6 Abs. 1 S. 3 WindBG Minderungsmaßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Störungen, während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderungszeit bzw. Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten angeordnet werden.

Falls solche Maßnahmen erforderlich, aber nicht verfügbar oder Daten nicht vorhanden sind, hat der Betreiber eine Zahlung in das Artenhilfsprogramm zu leisten.

Die Prüfung der Schwerpunktorkommen von Brutvogelarten und Zugvogelarten hat ergeben, dass sich die Anlagenstandorte in einem Gebiet mit dem Schwerpunktorkommen des Brutvogels Rotmilan liegen (Abb. 1).

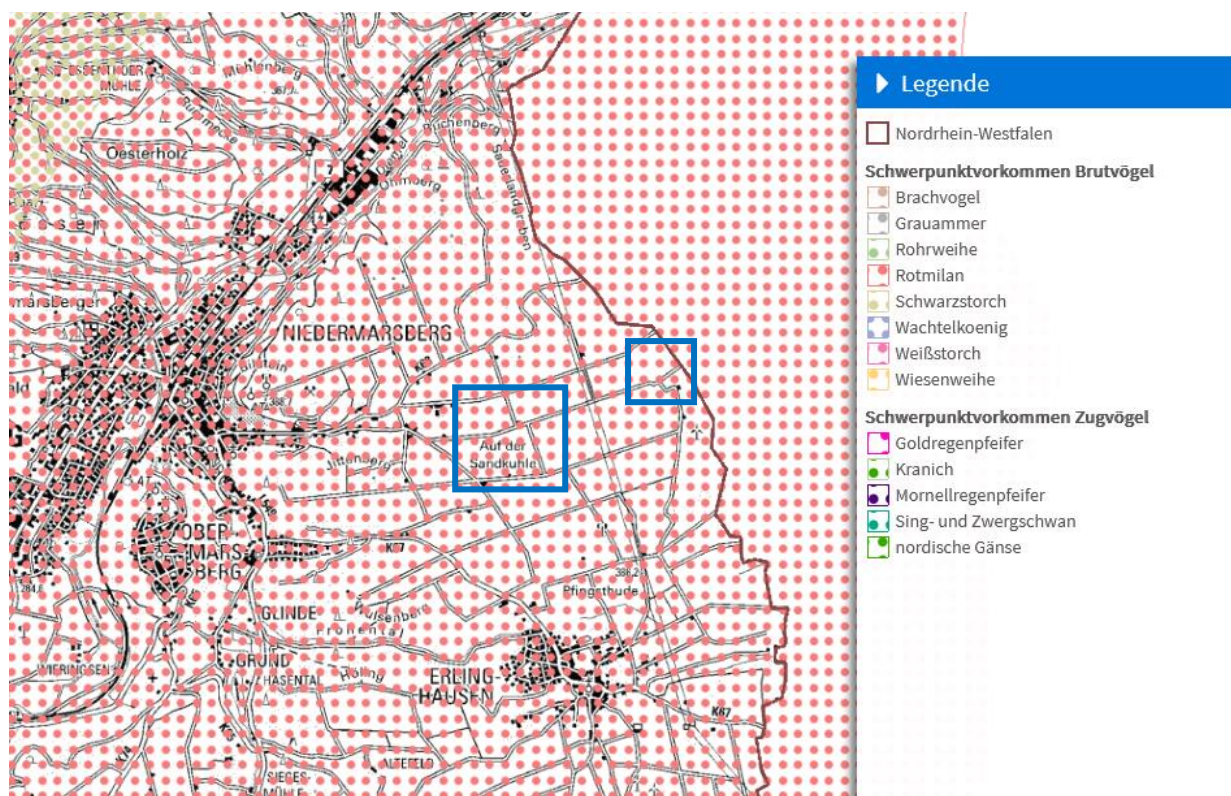


Abbildung 1: Karte Schwerpunktorkommen Brut- und Zugvögel in NRW, blau umrandet WEA-Standorte (Quelle: <https://www.energieatlas.nrw.de/site/planungskarten/wind> ; 24.11.2025)

Die Prüfung der Daten aus dem Fundortkataster des LANUKs in Bezug auf WEA sensitive Arten, sowie die Auswertung der Fundpunktdaten der Behörde hat ergeben, dass sich in dem Gebiet der geplanten Windkraftanlagen vor allem Rotmilanhorste befinden. Gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG liegt der zentrale Prüfbereich des Rotmilans t bei 1.200 m und der Nahbereich bei 500 m.

Demnach befindet sich die WEA 04 sowohl im Nahbereich als auch im zentralen Prüfbereich des Rotmilans. Die WEA 02 und WEA 03 liegt außerhalb des zentralen Prüfbereichs (Vgl. Abb. 2).

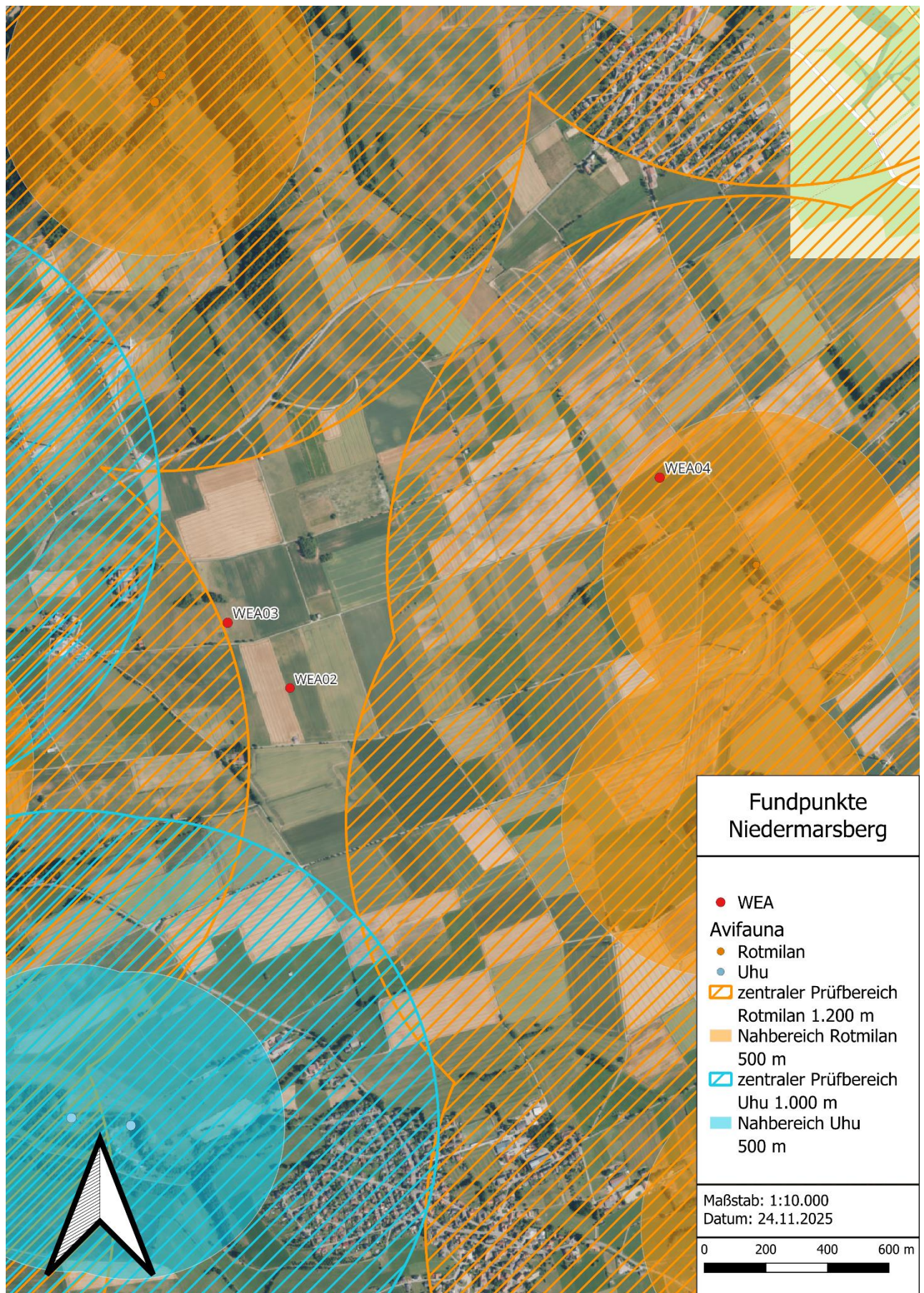


Abbildung 2: Fundorte nach Datenübermittlung der uNB sowie des LANUK im Bereich Marsberg, Niedermarsberg

Demnach befinden sich bei der WEA04 Rotmilanhorste

WEA 04 ein Rotmilanhorst im Nahbereich, einer im zentralen Prüfbereich

Darüber hinaus ergibt sich aus der Datenabfrage des Fundortkatasters für weitere unter anderem bodenbrütende Arten, dass sich diese in einem größeren Abstand zu den geplanten WEA befinden und demzufolge nicht durch den Bau der Anlagen beeinträchtigt werden (vgl. Abb.3).



Abbildung 3: Fundorte aller Planungsrelevanten Arten im Bereich Niedermarsberg (Quelle: Landschaftsinformationssammlung NRW @LINFOS, 24.11.2025)

Die Schutzmaßnahmen nach Anlage 1, Abschnitt 2 zum BNatSchG sind auch im Nahbereich anzuordnen, sofern es sich um ein Areal nach § 6 WindBG handelt (wie vorliegend gegeben ist), da diese Schutzmaßnahmen das Tötungsrisiko zumindest im Sinne der Vorschrift mindern (vgl. BMUV, Vollzugsempfehlung zu § 6 WindBG, Nr. 3.2.2.2 / S. 12)

Als Maßnahme wird für die vom Rotmilan betroffene WEA04 eine phänologiebedingte Abschaltung nach Anlage 1, Abschnitt 2 zum BNatSchG vorgeschlagen:

„Die phänologiebedingte Abschaltung von Windenergieanlagen umfasst bestimmte, abgrenzbare Entwicklungs-/Lebenszyklen mit erhöhter Nutzungsintensität des Brutplatzes (z.B. Balzzeit oder Zeit flügger Jungvögel). Sie beträgt in der Regel bis zu 4 oder bis zu 6 Wochen innerhalb des Zeitraums vom 1. März bis zum 31. August von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Die Zeiträume können bei bestimmten Witterungsbedingungen wie Starkregen oder hohen Windgeschwindigkeiten artspezifisch im Einzelfall beschränkt werden, sofern hinreichend belegt ist, dass auf Grund bestimmter artspezifischer Verhaltensmuster während dieser Zeiten keine regelmäßigen Flüge stattfinden, die zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisikos führen.“

Insofern sollte die UNB bei hohen Windgeschwindigkeiten und Starkregen keine Abschaltung anordnen, da dann keine Flugaktivitäten des Rotmilans zu erwarten sind.

Als Abschaltzeitraum wird im Schwerpunkt der Zeitraum Juli vorgeschlagen; bei der WEA 04 mit einem Horst im Nahbereich für 6 Wochen.

III.

§ 6 Abs. 1 S. 3, 4 WindBG sehen vor, dass zum Schutz von Fledermäusen Abregelungen der Windenergieanlagen vorgesehen werden zzgl. eines zweijährigen Gondelmonitorings.

Die Abschaltzeiten orientieren sich dabei am Artenschutzleitfaden NRW (Kapitel 8, Nr. 2 lit. b, S. 33): *„Eine signifikante Erhöhung des Kollisionsrisikos kann durch eine Abschaltung von WEA vom 01.04.-31.10. in Nächten mit geringen Windgeschwindigkeiten (< 6m/sec) in Gondelhöhe, Temperaturen > 10 °C und keinem Niederschlag wirksam vermieden werden (alle Kriterien müssen zugleich erfüllt sein).“*

Nach den Vorgaben des Artenschutzleitfadens NRW (Kapitel 9) erfolgt eine akustische Erfassung der Fledermausaktivität im Rotorbereich der WEA.

Es ist zu beachten, dass – auch nach Auffassung des LANUV NRW – von diesen Abschaltscenarien nicht abgewichen werden kann; auch das OVG Münster hält diese Vorgaben für naturschutzrechtlich nicht zu beanstanden (U. v. 01.03.2021 - 8A 1183/18, bestätigt mit U. v. 24.08.2023 - 22 D 201/22.AK).

Im Regelfall sind pro angefangenen fünf WEA zwei Gondeln mit Erfassungsgeräten zu bestücken; demnach sind hier beispielsweise die WEA02 und WEA04 mit einem Erfassungsgerät auszustatten. Im ersten Jahr erfolgt die Abschaltung nach den beschriebenen Standardvorgaben, im zweiten Jahr Monitoring-Jahr erfolgt nach Auswertung der im ersten Jahr gesammelten Daten ein individuell angepasstes Abschaltscenario für den dauerhaften Betrieb der WEA.

Paderborn, November 2025

Diemelwind Marsberg GbR und Windenergie im Bruch GbR